

17. Dezember 2021,
17. Dezember 2021,

Ein Weckruf zur Stärkung der Demokratie

Berlin Wie stabil ist unsere Demokratie? Und wie groß ist das Vertrauen in ihre Institutionen? Eine Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung kommt zu alarmierenden Ergebnissen. CDU-Politiker Thorsten Frei betont, es zeige „sich einmal mehr, wie wichtig das Werben um den demokratischen Rechtsstaat bleibt“.

Von **Hans-Jürgen Deglow**



Nur 50 Prozent der Bundesbürger haben Vertrauen in die Demokratie, 30 Prozent vertrauen ihr weniger bis gar nicht. Auch für öffentliche Einrichtungen und Institutionen ist das Vertrauen nicht sonderlich stark ausgeprägt: Lediglich 32 Prozent der Befragten haben Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung, nur 20 Prozent vertrauen Parteien. Das sind Ergebnisse einer aktuellen Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung.

Am stärksten ist der Zuspruch der Deutschen noch gegenüber der Wissenschaft (67 Prozent) und dem Bundesverfassungsgericht (55 Prozent) ausgeprägt, ist eine weitere Aussage der Umfrage, für die das Meinungsforschungsinstitut policy matters 1148 wahlberechtigte Personen befragt hat. „Das dramatisch gesunkene Vertrauen in Staat und Wissenschaft gefährdet den Zusammenhalt, hier zeigt sich dringender Handlungsbedarf“ kommentierte Sven Tetzlaff, Leiter des Bereichs Demokratie, Engagement, Zusammenhalt der Körber-Stiftung, die Ergebnisse: „Es braucht eine neue Bürgerorientierung der Politik: Entscheidungen müssen erklärt, Dialoge auf Augenhöhe geführt und mehr Mitwirkung ermöglicht werden.“



Die Paulskirche in Frankfurt - ein zentraler Erinnerungsort deutscher Demokratiegeschichte Foto: dpa

Nida-Rümelin: Größere Minderheiten nicht in Wut abdriften lassen

Der Philosoph und Ethikrat-Vize Julian Nida-Rümelin hat gemeinsam mit der Körber-Stiftung parallel die Studie „Demokratie in der Krise. Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie“ erarbeitet. „Eine Demokratie kann es sich nicht erlauben, größere Minderheiten in Fundamentalopposition, Resignation oder Wut abdriften zu lassen“, sagte der ehemalige Kulturstaatsminister. Wenn solche Entwicklungen mit einem massiven Rationalitätsverlust einhergingen und in faschistisches, mythologisch oder religiös geprägtes Verschwörungsdenken mündeten, sei die Demokratie gefährdet.

In dem Weckruf wird unter anderem gefordert: „Bürgerräte müssen häufiger ihre Expertise einbringen können, um der Absonderung politischer Eliten und Institutionen entgegenzuwirken; die Bürgerschaft muss stärker in die Entscheidungsfindung des Landkreises oder der Stadt eingebunden werden; Parteien müssen wieder eine langfristige Vision anbieten und ihr Profil schärfen.“

71 Prozent befürworten Einbeziehung in wichtige Entscheidungsprozesse

Diese Forderungen decken sich mit den Umfrageergebnissen: Eine Mehrheit von 71 Prozent der Befragten befürwortet die Einbeziehung von Bürgern in den Entscheidungsprozess wichtiger politischer Entscheidungen. Insbesondere in bürgernahen Bereichen halten große Mehrheiten der Befragten Bürgerbeteiligung für sinnvoll. Kommunale Fragen bilden dabei mit 84 Prozent den Spitzenwert, gefolgt von Fragen der Bildungspolitik (76 Prozent) und des Klimaschutzes (70 Prozent).

Erst vor kurzem hatte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Civey im Auftrag der Deutschen Nationalstiftung in Weimar offengelegt, wie dringend notwendig die Stärkung demokratischer Strukturen ist. Laut dieser Befragung halten zwar 44 Prozent die Demokratie als Staatsform für „sehr gut“ oder „eher gut“ geeignet, um Pandemien erfolgreich zu bekämpfen. 40 Prozent wiederum halten aber die Staatsform für „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ geeignet, die Herausforderungen einer Pandemie zu meistern, 15 Prozent können sich nicht entscheiden. Positiver schätzten die Befragten die Demokratie als Staatsform bei der Bewältigung des Klimawandels ein: Hier halten 52 Prozent der Befragten die Staatsform für gut und 33 Prozent für schlecht geeignet, die Herausforderungen zu bewältigen.

„Starke Institutionen können schneller erodieren, als uns bewusst ist.“

Aus Sicht des CDU-Politikers Thorsten Frei, Erster parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, lasse sich aus der Erkenntnis, dass wohl nur die Hälfte der Bundesbürger Vertrauen in die Demokratie besitzt, tatsächlich ein „Weckruf“ ableiten. Frei, der auch Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung ist, sagte unserer Redaktion: „In Teilen der Gesellschaft gibt es eine antiparlamentarische Verachtung für Parteien und Eliten. Auch wenn sich Geschichte nicht wiederholt: Eine stabile Ordnung und starke Institutionen können schneller erodieren, als uns bewusst ist.“

Bei Fragen zum Vertrauen in die eigenen Institutionen sei außerdem zu beachten, so Frei, dass sich die „weltweite Konkurrenz der Systeme in jüngster Zeit verschärft und soziale Medien zum Teil auch dafür genutzt werden, die hiesigen Institutionen zu diskreditieren“. Obwohl sich die Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg als äußerst stabil erwiesen habe, zeige „sich einmal mehr, wie wichtig das Werben um den demokratischen Rechtsstaat bleibt“. Demokratie funktioniere nur dann, so CDU-Politiker, wenn die Institutionen mit der politischen Kultur harmonierten: „Die Demokratie ist 1933 nicht nur an den Mängeln der Weimarer Verfassung gescheitert, sondern auch an den fehlenden Überzeugungen der Menschen. Deshalb ist es so wichtig, die demokratischen Überzeugungen immer wieder zu stärken und zu fördern. Unverzichtbar ist dafür, dass Menschen wissen, dass sie wirklich etwas verändern können.“

Frei: Hürden für Einstieg in Kommunalpolitik niedrig halten

Die im „Weckruf“ der Körber-Stiftung formulierte Forderung nach Bürgerräten sieht Frei durchaus positiv: „Tatsächlich sollten wir noch aktiver und besser werden, wenn es um die Selbstdarstellung der eigenen Institutionen geht. Auch können Modellprojekte wie die Bürgerräte dazu beitragen, die Bevölkerung stärker in die Politik einzubinden.“ Frei wirbt dafür, die Hürden zum Einstieg in die Kommunalpolitik möglichst niedrig zu halten und beispielsweise die Möglichkeiten zu erweitern, an Sitzungen und Beratungen auch digital teilzunehmen. Das würde es auch Eltern, die ihre Kinder zu betreuen haben, erleichtern, am kommunalpolitischen Geschehen teilzuhaben. Frei fügte hinzu. „In der Pflicht stehen aber auch

sämtliche Bildungseinrichtungen.“ Es sei darüber nachzudenken, wie die eigenen demokratischen Institutionen stärker erklärt und auch zelebriert werden können. Einschneidende Momente in unserer bundesrepublikanischen Geschichte sollten deutlicher hervorgehoben werden.

In diesem Jahr hat der Bundestag die Gründung der Stiftung Orte der Demokratieggeschichte beschlossen. Professor Michael Dreyer, Vorsitzender des Vereins Weimarer Republik, sagte dazu in einem Interview mit unserer Redaktion: „Man muss die Demokratie auch positiv begründen; man muss zeigen, dass seit Jahrhunderten Männer und Frauen für Freiheit und liberalen Rechtsstaat eingetreten sind, für Demokratie und soziale Sicherung.“

Anne Spiegel lobt Initiative gegen Hassrede und Gewalt im Internet

Der Stärkung der Demokratie widmet sich auch ein neues Kompetenznetzwerk. Vier bundesweit agierende Organisationen - darunter „Das NETTZ“ und „jugendschutz.net“ - haben sich zusammengeschlossen, um Hassrede und Gewalt im Internet zu bekämpfen. Die neue Webseite www.kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de soll zur „zentralen Anlaufstelle gegen Hass im Netz“ werden. Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Grüne) lobte die Initiative. „Ich bin sicher, dass das Kompetenznetzwerk die Beratung von Betroffenen sowie das Monitoring und die Forschung zu Hass im Netz ganz wesentlich voranbringen wird“, erklärte die Grünen-Politikerin. Das neue Netzwerk ist Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben“, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern soll.



Hans-Jürgen Deglow

Chefkorrespondent in Berlin

Hans-Jürgen Deglow ist seit Januar 2017 bei der Heilbronner Stimme.

 hans-juergen.deglow@stimme-mediengruppe.de